

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Mario Brandenburg (Südpfalz), Katja Suding, Nicola Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/11053 –

Gründerrepublik Deutschland – Gründungen durch Zukunftstechnologien erleichtern

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Bettina Stark-Watzinger, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/11055 –

Gründerrepublik Deutschland – Zukunftsfonds für eine neue Gründerzeit

A. Problem

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, die Umsetzung und den Transfer von (Zukunfts-)Technologien und Innovationen in den Alltag zu ermöglichen sowie sich für die Akzeptanz des technologischen Fortschritts in Benutzung von Zukunftstechnologien in der Gesellschaft einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, sich unter anderem für die Stärkung des Innovationsstandortes Deutschland zu engagieren, die Bevölkerung stärker am wachsenden Wohlstand und an der Digitalisierung zu beteiligen sowie gemeinsam mit institutionellen Investoren einen „Nationalen Zukunftsfonds“ einzurichten.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/11053 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/11055 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

D. Kosten

Zu Buchstabe a

Wurden nicht erörtert.

Zu Buchstabe b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/11053 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/11055 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Andreas G. Lämmel
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/11053** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/11055** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die den Antrag stellende Fraktion betont, dass es der Bundesregierung an Motivation fehle, Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse sinnvoll in den Rahmen moderner Technologien einzubauen. Die Transformation von analogen zu digitalen Prozessen gehe nur schleppend voran. Die Bundesregierung werde ihrer Vorbildfunktion nicht gerecht. Die meisten Bürgerinnen und Bürger würden moderne technologische Anwendungen in ihren individuellen Alltag integrieren. Sie würden jedoch meistens genauso ausgebremst wie motivierte Gründerinnen und Gründer, die ihre Idee umsetzen wollten. Wenn die Bundesregierung und die Verwaltung an ihren bürokratischen Prozessen festhielten, sei das Risiko groß, dass auch viele Bürgerinnen und Bürger an dem gewohnten Umfeld festhielten. Für Gründerinnen und Gründer sei das extrem unattraktiv.

Die Antrag stellende Fraktion fordert daher die Bundesregierung auf,

- entsprechend einem „First Mover Advantage“ zu agieren und die Umsetzung und den Transfer von (Zukunfts-)Technologien und Innovationen in den sm@rten Alltag zu ermöglichen und zu fördern;
- ein sogenanntes Innovationsprinzip einzuführen und anzuwenden;
- zusammen mit dem Deutschen Bundestag eine Vorbildfunktion einzunehmen und konsequent auf neue Technologien, wie Maschinelles Lernen oder Distributed-Ledger-Technologie, zu setzen und diese in ihren internen Prozessen zu verwenden und
- sich für die Akzeptanz des technologischen Fortschritts in Benutzung von Zukunftstechnologien in der Gesellschaft einzusetzen und zu verstärken.

Zu Buchstabe b

Die den Antrag stellende Fraktion schickt voraus, dass es nicht an mutigen Menschen mit guten Ideen mangle. Die Zahl der Gründungen gehe trotzdem zurück. Zudem scheiterten Gründer und ihre Erfindungen oftmals schon, bevor ihre Produkte den Massenmarkt erreichten. In wichtigen Wachstumsphasen fehle es schlicht an Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf,

- sich für die Stärkung des Innovationsstandortes Deutschland zu engagieren, indem sie Rahmenbedingungen verbessert, sodass mehr privates Kapital für technologieorientierte Investitionen zur Verfügung gestellt wird;
- die Bevölkerung stärker am wachsenden Wohlstand und an der Digitalisierung zu beteiligen;
- die KfW zu veranlassen, in den kommenden fünf Jahren mittelfristig ihre Beteiligungen an der Deutschen Post AG, der Deutschen Telekom AG und Eurogrid International CVBA vollständig zu veräußern;

- einen Masterplan für die Förderung von Start-ups und Wachstumsunternehmen in Zusammenarbeit mit den Landesförderbanken und der Europäischen Investitionsbank zu erarbeiten;
- gemeinsam mit institutionellen Investoren einen „Nationalen Zukunftsfonds“ (Dachfonds) einzurichten, der sich am Vorbild des dänischen Vækstfonden orientiert;
- den Dachfonds als unabhängige Einheit mit eigenständigen Gremien auszugestalten und
- die der KfW zustehenden Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an Deutscher Post AG, Deutscher Telekom AG und Eurogrid International CVBA neben der Finanzierung von digitaler Infrastruktur zum Teil über KfW Capital in diesen Zukunftsfonds einzubringen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/11053 in seiner 65. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/11053 in seiner 53. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/11053 in seiner 49. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/11053 in seiner 31. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/11053 in seiner 37. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/11055 in seiner 51. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf den Drucksachen 19/11053 und 19/11055 in seiner 45. Sitzung am 25. September 2019 abschließend beraten.

Die die Anträge auf den Drucksachen 19/11053 und 19/11055 stellende **Fraktion der FDP** strich das wichtige Thema von Gründungen in Deutschland heraus. Der erste Antrag unterbreite Vorschläge zur Gründung von Unternehmen, die in den Zukunftstechnologien unterwegs seien. Dazu zähle unter anderem die steuerliche Forschungsförderung. Im zweiten Antrag gehe es um die Finanzierung von Gründungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass sie einige der Aussagen aus den Anträgen der Fraktion der FDP durchaus teile. Gründungen müssten durch die Schaffung besserer Rahmenbedingungen gefördert werden.

Die **Fraktion der SPD** signalisierte Konsens bei der Bestimmung des Ziels, Gründungen als Treiber von Innovation und zukünftiger Wirtschaftsstärke zu fördern. Allerdings gäben die Anträge nicht die Antworten, die die Fraktion für die richtigen halte. Vorschläge wie der der FDP, Privatisierungen voranzutreiben, seien kein guter Ansatz.

Die **Fraktion der AfD** stellte fest, einige der Vorschläge seien durchaus gut, insgesamt stellten die Anträge aber eine Reihe von Forderungen auf, denen ein „Masterplan“ fehle. Die im Antrag auf Drucksache 19/11053 enthaltene Forderung, Englisch als zweite Verwaltungssprache einzuführen, lehne die Fraktion vollkommen ab. Der Antrag auf Drucksache 19/11955 finde dagegen deren Unterstützung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies auf die Debatte im Plenum am 26. September 2019 hin, wo die Argumente nochmals ausgetauscht würden. Alle Anträge enthielten positive Aspekte, seien in ihrer Gesamtheit jedoch abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass für die Debatte der sich aus den Anträgen ergebenden Grundsatzfragen zu wenig Zeit im Ausschuss verbleibe. Aus diesem Grunde lehne es die Fraktion ab, diese Grundsatzfragen in den zur Verfügung stehenden zwei Minuten zu behandeln.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/11053 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/11055 zu empfehlen.

Berlin, den 25. September 2019

Andreas G. Lämmel
Berichtersteller

